Die Wohlstandsfrage

6 Visionen für nachhaltiges Wachstum

Ulrich van Suntum Karl-Heinz Paqué Christoph M. Schmidt und
Nils aus dem Moore Eberhard von Koerber Kerstin Andreae Michael Hüther

»Die Wohlstandsfrage – 6 Visionen für nachhaltiges Wachstum«

Herausgegeben von der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft

Beiträge von

Prof. Dr. Ulrich van Suntum
Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué
Prof. Dr. Christoph M. Schmidt und
Nils aus dem Moore
Dr. Eberhard von Koerber
Kerstin Andreae
Prof. Dr. Michael Hüther

Berlin, April 2012

VORWORT

NACHHALTIG WACHSEN, WOHLSTAND SICHERN

Wo wollen wir hin? Wie können wir unsere ökonomischen, sozialen und ökologischen Ziele erreichen? Wie können wir unser heutiges Handeln gegenüber kommenden Generationen verantworten? Seit der Einsetzung der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ im November 2010 geht auch der Deutsche Bundestag diesen wichtigen Fragen intensiv und koordiniert nach und verschafft der Diskussion über die Chancen und Grenzen des Wachstums neue Dynamik. Es ist notwendig, dass sich Politik, Wissenschaft und Gesellschaft mit der großen Wohlstandsfrage beschäftigen: Wie wachsen wir nachhaltig?

Hubertus Pellengahr

Ein Blick auf die Geschichte zeigt: Das Streben nach Fortschritt und Wachstum gehört zu den natürlichen Antriebskräften der Zivilisation. Das zeigt sich im Wunsch, von Generation zu Generation einen Sprung nach vorn zu machen. Es wäre aussichtslos, diesem unbändigen Wunsch mit politischen Mitteln entgegenwirken zu wollen. Wer Wachstum beschränken will, greift in die Freiheitssphäre jedes Einzelnen ein – und entzieht auch im globalen Kontext denjenigen Menschen die Hoffnung auf ein besseres Leben, die weit von unserem Wohlstand entfernt sind.

Wachstum stößt, wie die Freiheit, selbstverständlich an Grenzen – an die Grenzen der Freiheit des anderen. Wachstum muss sich daran messen lassen, inwieweit es den Handlungsspielraum von Dritten eingrenzt. Die Verschwendung von Ressourcen und Rohstoffen, Umweltzerstörung, soziale Ausgrenzung und Staatsverschuldung sind Beispiele für eine nicht nachhaltige Entwicklung, wie sie sich in vielen Industrieländern in den vergangenen Jahrzehnten dargestellt hat. Hier müssen wir umsteuern und das Wachstum auf eine nachhaltige Grundlage stellen. Wachstum muss an Werte gebunden werden: Verantwortung, Generationengerechtigkeit, Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, sozialer Zusammenhalt.

Für nachhaltiges Wachstum bietet die Soziale Marktwirtschaft den besten Ordnungsrahmen. Die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft ermöglichen jedem, durch Ideen, Initiative und Engagement seine persönlichen und wirtschaftlichen Ziele zu erreichen. So entstehen Innovationen. So wird Strukturwandel vorangetrieben. So profitieren alle Menschen. So entsteht Wohlstand. Und so entfaltet sich neue Kraft für nachhaltiges Wachstum.

Soziale Marktwirtschaft markiert als Ordnungssystem aber auch Grenzen: Eigentum, Wettbewerb und Teilhabechancen werden geschützt. Wer Risiken eingeht und Gewinne erzielt, muss im Zweifel auch für die Verluste selbst haften. Deshalb gehören zur Sozialen Marktwirtschaft auch umwelt- und sozialpolitische Konzepte. Der Verbrauch von Umweltgütern muss

verursachergerecht bezahlt und begrenzt werden. So ist es in den vergangenen Jahrzehnten gelungen, in vielen Bereichen die Belastung von Böden, Wasser und Luft deutlich zu reduzieren.

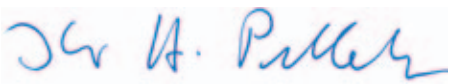
Soziale Teilhabe drückt sich in der Sozialen Marktwirtschaft vor allem dadurch aus, dass jeder die Chance auf gute Bildung und Ausbildung erhält und flexible Arbeitsmärkte den Einstieg in Arbeit ermöglichen. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit sowie die gestiegene Anzahl an Erwerbstätigen in Deutschland zeigen, wie robust und leistungsfähig das System der Sozialen Marktwirtschaft ist.

Selbstverständlich gehört es zur Sozialen Marktwirtschaft, dass der Staat aktiv für sozialen Ausgleich sorgt. In der Verbindung von Markt und sozialem Ausgleich, der irenischen Formel, liegt die besondere Stärke der Sozialen Marktwirtschaft. Diese Formel schafft den sozialen Zusammenhalt, der Deutschland auszeichnet.

Ludwig Erhard hat im Jahr 1957 mit seinem Buch „Wohlstand für alle“ eine an Regeln gebundene Wirtschaftspolitik beschrieben – und damit das Versprechen gegeben, dass sich alle Menschen in Deutschland neuen Wohlstand erarbeiten können. Die beeindruckende Wohlstandsbilanz der vergangenen Jahrzehnte gibt ihm Recht. Wenn wir auch in Zukunft Fortschritt und Wachstum erreichen wollen, sollten wir am Ordnungssystem der Sozialen Marktwirtschaft festhalten und es gleichzeitig weiterentwickeln, um dem Anspruch einer nachhaltigen Entwicklung gerecht zu werden.

Wie sichern wir Arbeitsplätze und Wohlstand? Wie können wir nachhaltig wachsen und unsere Welt auch in Zukunft weiter lebenswert gestalten? Mit diesen Fragen befassen sich die Autoren dieses Buches. In sechs Beiträgen haben sie ihre Ideen, Argumente und Fakten zusammengetragen. Die Visionen der Autoren unterscheiden sich dabei spürbar voneinander. Diesen Spannungsbogen wollten wir bewusst abbilden – denn so stellt dieser Sammelband einen fruchtbaren Boden für weiterführende inhaltliche Diskussionen dar.

Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft dankt den Autoren für die Erstellung der Texte. Die Debatte über nachhaltiges Wachstum wird mit ihrer Hilfe weiter vorangetrieben. Wir wünschen unseren Leserinnen und Lesern viel Vergnügen beim Lesen und einen anregenden Dialog.



Hubertus Pellengahr
Geschäftsführer Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft

INHALT

1. Ulrich van Suntum: Wohlstand durch Wachstum in der Marktwirtschaft 7

Deutschland geht es gut – auf dem Weg zur Vollbeschäftigung, mit einem exzellenten Gesundheits- und Sozialsystem, geringer Armut und einer vielfältigen Bildungslandschaft profitieren die Menschen von den Erfolgen der Sozialen Marktwirtschaft. Was zeichnet das deutsche Wirtschaftsmodell aus und wie können Wohlstand und Wachstum auch in Zukunft das Leben der Menschen weiter verbessern?

2. Karl-Heinz Paqué: Warum Wachstum? Sechs Gründe für eine gute Sache 35

Wachstumskritiker bringen schlagfertige Argumente ins Spiel: Wachstum führe zur sozialen Ungleichheit, schade dem Klima und der Umwelt. Der Blick auf die Wohlstandsentwicklung der vergangenen Jahrzehnte zeigt aber ein anderes Bild: Wachstum verbessert die Lebensbedingungen der Menschen. Und macht (globalen) Umweltschutz überhaupt erst möglich. Es bleibt aber die Frage: Welches Wachstum brauchen wir?

3. Christoph M. Schmidt, Nils aus dem Moore: Lebensqualität – Wie lässt sich Wohlstand messen? 55

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist fraglos ein zentraler Indikator für die jährliche Produktionsleistung einer Volkswirtschaft – das BIP alleine liefert aber keine umfassenden Informationen über den Wohlstand der Menschen, ihre Lebensqualität und eine nachhaltige Entwicklung. Alternative Berichtssysteme stehen in den Startlöchern und müssen jetzt nur noch umgesetzt werden.

4. Eberhard von Koerber: Paradigmenwechsel – Von den Grenzen zu den Chancen des Wachstums 85

Die Welt befindet sich an einem Wendepunkt. Während die Menschen gesünder, wohlhabender und besser ausgebildet sind als jemals zuvor, wurden viele ökologische Grenzen des Planeten bereits überschritten. Diese Krise ist aber auch eine Chance, wenn Wachstum an Werte gebunden wird und sich wirtschaftliches Handeln an die Bedingungen des 21. Jahrhunderts anpasst.

5. Kerstin Andreae: Die Grüne Marktwirtschaft – Wege zum nachhaltigen Wachstum 105

Umweltverschmutzung, Ressourcenverknappung, Ungleichheit und Staatsverschuldung sind die fundamentalen Ausgangsprobleme unserer Zeit. Wie muss das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft weiterentwickelt werden, um diese Herausforderungen anzugehen? Immerhin stehen die Industrienationen in einer historischen Verantwortung. Und sollten als Vorreiter ihre Wirtschafts- und Lebensweise nachhaltig umgestalten.

6. Michael Hüther: Nachhaltiges Wachstum durch die Marktwirtschaft 133

Soziale Marktwirtschaft fußt auf dem Prinzip der Freiheit. Das Streben nach Fortschritt, Verbesserung und Wachstum ist das Ergebnis frei handelnder Menschen. Wachstum hilft, Knappheiten zu reduzieren und neue Spielräume für Konsum, Altersvorsorge, Umweltschutz zu erschließen. Voraussetzung ist aber, dass Staat und Bürger in Bildung investieren, Innovationen möglich machen und einen flexiblen Arbeitsmarkt erhalten.

1. Wohlstand durch Wachstum in der Marktwirtschaft

Prof. Dr. Ulrich van Suntum

VITA

Prof. Dr. Ulrich van Suntum, geb. 1954 in Hamm/Westfalen, studierte in Münster und Bochum Volkswirtschaftslehre und machte 1977 seinen Abschluss als Diplom-Volkswirt. Auf die Promotion in Bochum 1981 folgte drei Jahre später die Habilitation.

Nach der Habilitation war Ulrich van Suntum Professor für Volkswirtschaftslehre in Bochum. Darüber hinaus war er Generalsekretär des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Ab 1990 leitete er das Institut für Wirtschaftspolitik und Konjunkturforschung an der Universität Witten/Herdecke, ehe er 1995 dem Ruf der Wilhelms-Universität Münster folgte, wo er seit 1997 das Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen leitet.

Er ist Verfasser zahlreicher wissenschaftlicher Zeitschriftenbeiträge und Lehrbücher, u. a. des Lehrbuchs „Die unsichtbare Hand. Ökonomisches Denken gestern und heute“. Seit 2002 ist er geschäftsführender Direktor des Centrums für angewandte Wirtschaftsforschung Münster (CAWM).

INHALT

1. Wohlstand durch Wachstum in der Marktwirtschaft

Ulrich van Suntum

Bröckelnde Akzeptanz der Marktwirtschaft trotz historischer Erfolge

Sechzig Jahre positive Wohlstandsbilanz der Marktwirtschaft

Wohlstand ist mehr als nur Bruttoinlandsprodukt

Ohne Wachstum weder materieller noch immaterieller Wohlstand

Wachstumspolitik – aber wie?

Literatur

BRÖCKELNDE AKZEPTANZ DER MARKT-WIRTSCHAFT TROTZ HISTORISCHER ERFOLGE

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden in West- und Ostdeutschland jeweils wirtschaftlich völlig unterschiedliche Wege eingeschlagen. Nachdem in den 30er-Jahren eher theoretisch über die Vor- und Nachteile von Kapitalismus und Sozialismus gestritten worden war, konnte man nach der Teilung Deutschlands ihre tatsächliche Entwicklung quasi wie in einem Reagenzglas beobachten. Dieser 40-jährige Systemvergleich ging eindeutig zugunsten der Sozialen Marktwirtschaft aus: Sie ermöglichte den Aufstieg des zerstörten Westdeutschland zu einer der führenden und wohlhabendsten Industrienationen und verschaffte der Bevölkerung einschließlich Millionen von Kriegsheimkehrern und Flüchtlingen binnen weniger Jahre Vollbeschäftigung bei ständig steigenden Löhnen. Die Soziale Marktwirtschaft erwies sich zudem als freie und weltoffene Wirtschaftsordnung. Privateigentum, Wettbewerb, sozialer Rechtsstaat und Demokratie schützten die Menschen nicht nur vor Armut und Ausbeutung, sondern auch vor einem übermächtigen Staat.

Dagegen erwies sich das sozialistische Regime der sogenannten DDR als ineffizient und menschenfeindlich. Die Folge war nicht nur ein weitaus geringeres Wohlstandsniveau als im Westen, sondern auch die Unterdrückung der eigenen Bevölkerung durch willkürliche Enteignungen, Berufsverbote, zentralistische Kommandowirtschaft bis hin zur kollektiven Freiheitsberaubung durch Mauerbau und Stacheldraht. Im Jahr 1990 war das sozialistische Experiment sowohl wirtschaftlich als auch politisch am Ende, und dies nicht nur in der DDR, sondern im gesamten Ostblock. Nicht der kapitalistische Erzfeind, sondern die eigene Bevölkerung erzwang schließlich in friedlicher Revolution die Öffnung

Warteschlangen in der DDR

Ostdeutschlands in Richtung Westen und schließlich die Wiedervereinigung.

Das sozialistische Willkürsystem hat bis heute tiefe Spuren hinterlassen. Nicht nur die volkseigenen Betriebe, sondern die gesamte Bausubstanz und nicht zuletzt die Umwelt Ostdeutschlands waren zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung in weitgehend marodem Zustand. Dies konnte in den Jahren nach der Wiedervereinigung relativ rasch, wenn auch unter hohen Kosten, repariert werden. Heute ist die ostdeutsche Infrastruktur teilweise sogar besser und moderner als im Westen. Viel schwieriger war es jedoch, die mentalen Folgen eines 40-jährigen Lebens in Unfreiheit und unter ständiger staatlicher Aufsicht und Fürsorge zu überwinden. Unternehmergeist, Bürgertum und mittelständische Wirtschaft waren in der DDR systematisch unterdrückt worden, an ihre Stelle traten Bürokratie, Parteikarrieren und monopolisierte Staatsunternehmen. Damit fehlten nach der Wiedervereinigung zentrale institutionelle

Mehr Lohn als früher

Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer, Entwicklung seit 1970, in Euro

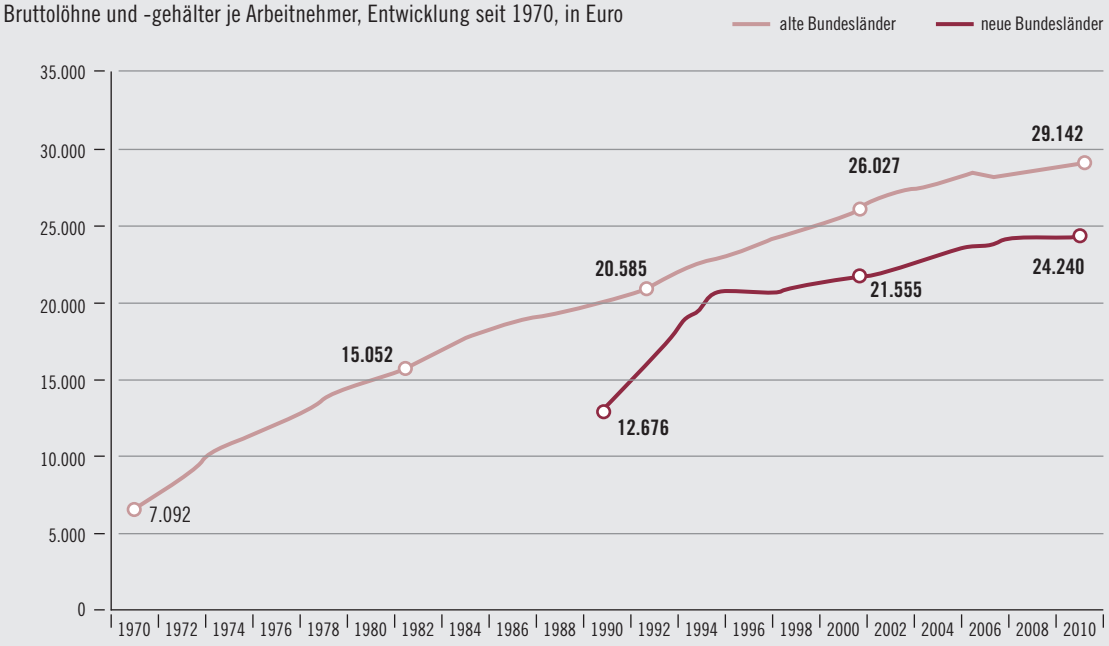


Abbildung 1

und kulturelle Elemente einer Marktwirtschaft, auf deren Basis ein sich selbst tragender Aufholprozess hätte entstehen können. So wurden der Wiederaufbau sowie die rasche Angleichung von Renten, sozialen Standards und Löhnen an das Westniveau in erster Linie von Transferzahlungen aus dem Westen getragen, während die Entstehung eigenständiger, rentabler Arbeitsplätze in den neuen Bundesländern nur zögernd vorankam.

Diese Konstellation führte trotz der unbestreitbaren Erfolge bei der Angleichung der Lebensverhältnisse zu wachsendem Unmut und Enttäuschung, und zwar sowohl bei der westdeutschen wie bei der ostdeutschen Bevölkerung. Zunehmend wurde das unbewältigte Erbe des Sozialismus sogar der Marktwirtschaft angelastet, insbesondere der unvermeidliche Abbau von Arbeitsplätzen, obwohl deren Wirtschaftlichkeit schon zu DDR-Zeiten nicht mehr gegeben war. Viele begannen, sich nach einem sicheren, vom Staat garantierten Arbeitsplatz wie damals im Osten zurückzusehnen, wenn auch mit westlichem Lebensstandard und ohne die Unterdrückungsmaschinerie der sozialistischen Planwirtschaft. Die Utopie eines effizienten sozialistischen Wirtschaftssystems gewann so wieder an politischer Bedeutung, während die Marktwirtschaft – nicht zuletzt auch durch die jüngste Finanzkrise – an Glanz und Zustimmung einbüßte. Das völlige Scheitern des realen Sozialismus in der Nachkriegsrealität geriet dabei zunehmend aus dem Blick. Ihr ausnahmsloses Münden in Armut und verbrecherische Diktaturen nicht nur in Osteuropa, sondern auch in China, Kuba, Nordkorea und Afrika wurde entweder ausgeblendet oder im Nachhinein verklärt.

Parallel zu dieser Entwicklung gewann ein grüner Konservatismus an politischem Einfluss, der Wirtschaftswachstum und materiellem Wohlstand grundsätzlich eher ablehnend gegenübersteht. Er wird maß-

geblich von einer saturierten Grundhaltung getragen, die das in der Marktwirtschaft erreichte hohe Wohlstandsniveau zwar bewahren, aber nicht unbedingt vermehren will. Stattdessen gibt er immateriellen Wohlstandskomponenten wie sauberer Umwelt, Sicherheit und Gesundheit absolute Priorität. Mit den Interessen derjenigen, die auf neue Arbeitsplätze hoffen oder höhere Löhne erwarten, ist das nur bedingt kompatibel. Gemeinsam ist beiden Richtungen aber die Suche nach Sicherheit, sowohl vor sozialen als auch vor ökologischen Gefahren. Zum anderen verbindet sie die Tendenz, Knappheiten und ökonomische Zielkonflikte eher durch Umverteilung und staatliches Ordnungsrecht lösen zu wollen als durch Wachstum und Wettbewerb.

Wuchernde Bürokratie

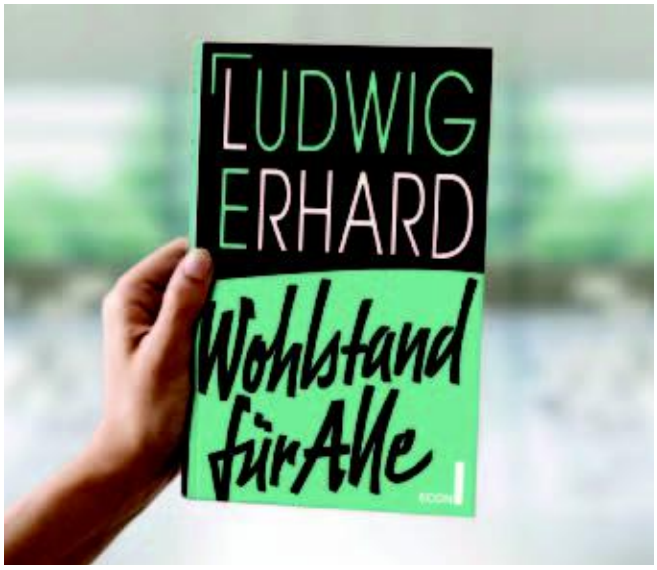
Diese gemeinsame Grundhaltung steht aber im Kontrast zur historischen und empirischen Erfahrung gerade in Deutschland. Denn nicht Abwehrhaltung, Bürokratie und Staatswirtschaft begründeten Deutschlands Erfolg in den letzten 60 Jahren, sondern privater Wettbewerb, offene Märkte und eine Sozialpolitik mit Augenmaß, welche die richtige Balance zwischen sozialer Sicherheit und wirtschaftlichen Anreizen suchte und meist auch fand. Letzteres galt lange Zeit auch für die ökologischen Ziele, wenngleich Deutschland hier von Beginn an eine Vorreiterrolle anstrebte. Mit der abnehmenden Akzeptanz der marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung insgesamt droht jedoch auch diese Balance verloren zu gehen. Gesetzliche Mindestlöhne, wuchernde Bürokratie etwa im Umwelt-, Arbeits- und Mietrecht, Willkür und extreme Grenzbelastungen im Steuerrecht sowie eine ständig steigende Staatsverschuldung sind deutliche Anzeichen dafür, dass der Staat gegenüber Markt und Wettbewerb immer stärker die Oberhand gewinnt. Gründe für staatliches Eingreifen wie soziale Gerechtigkeit, Umweltpolitik und Verbraucherschutz sind meist schnell gefunden und für sich genommen auch nicht abwegig. Die marktwirtschaftlichen Prinzipien der Subsidiarität, der Marktkonformität und der Konsumentensouveränität, wonach direkte staatliche Eingriffe nur das letzte Mittel sein sollten, scheinen dabei aber weitgehend in Vergessenheit geraten zu sein oder werden sogar offen abgelehnt.

Das liegt nicht zuletzt an einem Grunddilemma der Marktwirtschaft: Ihre Vorzüge werden mit der Zeit als selbstverständlich wahrgenommen und kaum noch mit ihren grundlegenden Funktionsbedingungen in Verbindung gebracht. Gleichzeitig stellt man ihre unvermeidlichen Nachteile wie den Abbau unrentabler Arbeitsplätze als Systemversagen dar. Das gleiche gilt für Missstände wie Betrug, Steuerhinterziehung und unfaire Wirtschaftspraktiken, obwohl diese in jeder Gesellschaftsordnung vorkommen. Gerade der real existierende Sozialismus der DDR war Betrug an einer ganzen Generation, die 40 Jahre lang um ihre Lebenschancen und um die Früchte ihrer harten Arbeit gebracht wurde. Gleichwohl sehen heute viele eher die Splitter im Auge der Marktwirtschaft als den Balken im Auge dieses totalitären Gegenmodells, das die junge Generation nur noch aus den Geschichtsbüchern kennt.

SECHZIG JAHRE POSITIVE WOHLSTANDSBILANZ DER MARKTWIRTSCHAFT

Als Ludwig Erhard am 24. Juni 1948, sechs Tage nach der Währungsreform, die Aufhebung der Preiskontrollen durchsetzte, waren die politischen Widerstände dagegen zunächst groß. Die Gewerkschaften riefen im Herbst 1948 sogar den Generalstreik aus. Der Erfolg war aber derart durchschlagend, dass die Kritik schon bald verstummte. Man hat den damals einsetzenden beispiellosen Aufschwung in Westdeutschland oft als Wirtschaftswunder bezeichnet. Es war aber kein Wunder, sondern die konsequente Umsetzung der Ideen, welche die ordoliberale Schule um Walter Eucken und Franz Böhm in der Zwischenkriegszeit entworfen hatte.

Ordo bedeutet Ordnung im Sinne von staatlich gesetzten Regeln für die Märkte. Vor allem dadurch – und durch eine stärkere Betonung der sozialen Komponente – hebt sich die Marktwirtschaft vom angelsächsischen Liberalismus ab. Walter Eucken fasste diese Regeln in sieben konstituierenden Prinzipien zusammen: Wettbewerb, Geldwertstabilität durch eine unabhängige Notenbank, offener Marktzugang für jedermann (insbesondere auch für ausländische Anbieter), Privateigentum, Vertragsfreiheit, Haftungsprinzip für wirtschaftliche Entscheidungen (vor allem durch den Sanktionsmechanismus von Gewinn und Verlust) sowie Konstanz der Wirtschaftspolitik. Der letztgenannte Punkt bezog sich nicht nur auf die Vermeidung konjunktureller Schwankungen, sondern auch auf die Langfristigkeit und Verlässlichkeit staatlicher Gesetze. Die aktuelle Finanz- und Schuldenkrise lässt sich letztlich auf Verstöße gegen diese Prinzipien zurückführen, insbesondere was das Haftungsprinzip und eine langfristig tragfähige Geld- und Fiskalpolitik betrifft. Das gleiche gilt für die Umweltproblematik, denn hier mangelt es in der Regel an der Haftung der Verursacher für die ökologischen Folgen ihres Tuns. Der Ordoliberale Walter Eucken forderte dafür bereits eine entsprechende „Korrektur der Wirtschaftsrechnung", lange bevor dies in der Politik diskutiert wurde (W. Eucken 1952). Das ökologische Problem ist daher nicht etwa auf einen Fehler der Marktwirtschaft zurückzuführen, es beruht vielmehr gerade auf einer mangelnden Anwendung ihrer Grundprinzipien.



Eine regelgebundene Wirtschaftspolitik dient dem Ziel: Wohlstand für alle. Auch heute noch

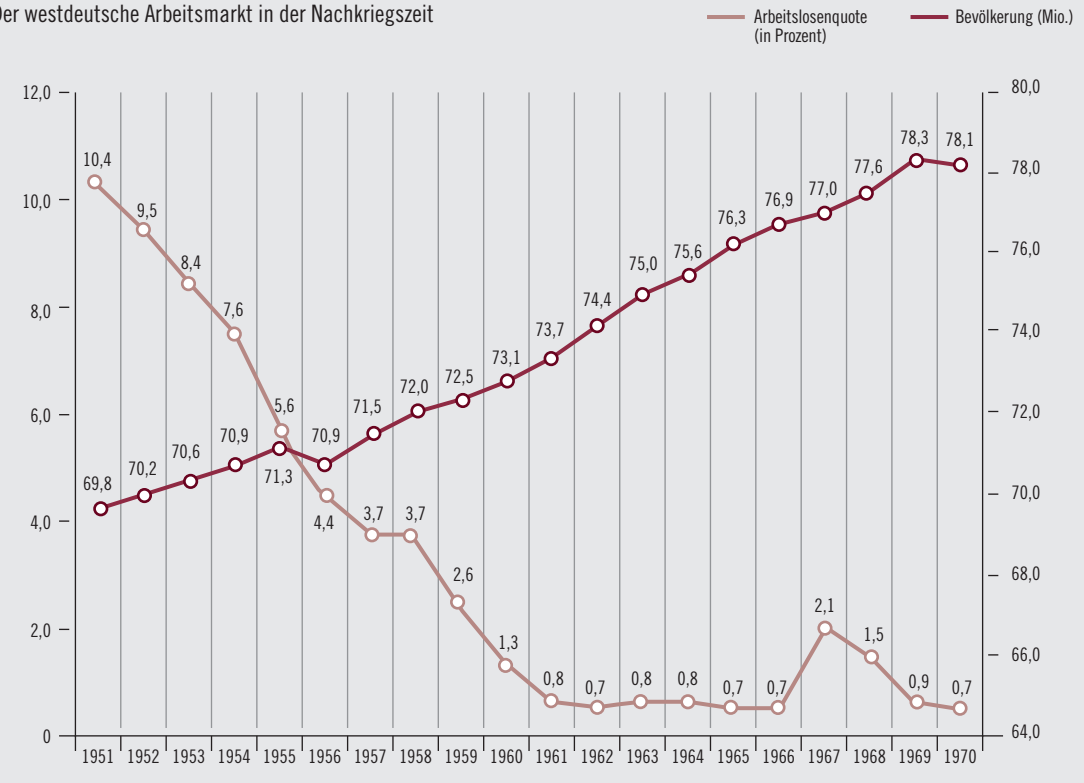
Die vor 60 Jahren formulierten marktwirtschaftlichen Grundsätze sind keineswegs überholt, sondern heute aktueller denn je. Sie entsprechen im Wesentlichen dem, was später als Angebotspolitik bezeichnet wurde. Abwegig ist die These, wonach die hohe Konsumnachfrage der Nachkriegszeit die eigentliche Triebfeder des westdeutschen Aufschwungs gewe-

sen sei. Ungedeckte Konsumwünsche gab es damals überall in Europa, auch in der DDR. Woran es dort aber im Gegensatz zum „Wirtschaftswunderland“ im Westen fehlte, waren Anreize und verlässliche Rahmenbedingungen für eine effiziente Produktion. Nicht die Konsumquote, sondern die Investitionsquote stieg in den 50er- und 60er-Jahren in Westdeutschland auf Rekordniveaus von zeitweise über 20 Prozent an[1] (Plumpe 2008). Erst dadurch entstanden die notwendigen Arbeitsplätze und damit auch die Kaufkraft, um die latenten Konsumwünsche tatsächlich zu realisieren. Dass trotz steigender Bevölkerung die Arbeitslosenquote ständig sank und ab 1960 praktisch Vollbeschäftigung herrschte, war auch nicht etwa Arbeitszeitverkürzungen oder Frühverrentungen zu verdanken. Im Gegenteil: Die deutsche Wirtschaft boomte derart stark, dass zusätzliche Arbeitskräfte aus dem Ausland („Gastarbeiter“) angeworben wurden.

Kein anderes Wirtschaftssystem brachte jemals in so kurzer Zeit sowohl Vollbeschäftigung als auch massive Wohlstandsgewinne für alle hervor wie die deutsche Marktwirtschaft der Nachkriegszeit. Die positive Erfolgsbilanz hat sich mit kurzen konjunkturellen Unterbrechungen bis heute fortgesetzt, sowohl was die materielle Wohlstandsentwicklung als auch was die Beschäftigung angeht. Das Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner liegt heute um rd. ein Fünftel höher als im EU-Durchschnitt und wird nur von wenigen vergleichbaren Ländern übertroffen.

Beschäftigung für alle

Der westdeutsche Arbeitsmarkt in der Nachkriegszeit



Quelle: IW, Deutschland in Zahlen 2011, S. 92

Abbildung 2